



Grünschnabel

Zeitung der unabhängigen Wählergemeinschaft Grüne Liste Büttelborn

GLB kritisiert Rathaus-Politik Keine Zustimmung zur Haushaltssatzung 2015

Wie in den vergangenen Jahren bot die Haushaltsdebatte wieder die Gelegenheit, für eine Gesamtbetrachtung und Bewertung der Kommunalpolitik in Büttelborn.

Die GLB erkennt an, dass in diesem Haushalt ein anderer Sparwille als in den Vorjahren zum Ausdruck kommt. Beim Projekt der Erneuerung des Alten Schulhofs in Worfelden konnte die Verwaltung mit Rückendeckung der Politik ein abgespecktes Projekt umsetzen, das, wenn man die Kosten für die Kanalsanierung herausrechnet, wohl auch einigermaßen im Kostenrahmen bleiben wird. Die Eröffnung im Dezember mußte allerdings leider auf einer Baustelle erfolgen, da der Fertigstellungstermin nicht gehalten werden konnte. Ein kleiner Wermutstropfen am Rande. (Seite 3)

Auch beim Projekt der Erweiterung der Kläranlage konnte die Politik eine gegenüber den ursprünglichen Plänen wesentlich abgespeckte Version durchsetzen (etwa 300.000 gegenüber ursprünglich geplanten 800.000 Euro). Die Solaranlage auf dem Dach der Kläranlage wurde bereits eingeweiht. Die Errichtung ursprünglich vorgesehener weiterer Solaranlagen auf gemeindeeigenen Dächern steht allerdings in den Sternen.

Schließlich ist es auch gelungen, den Erweiterungsbau am Kindergarten Baumgarten im Zeit- und Kostenrahmen zu halten.

Anwaltskosten Fluglärm

Dass Büttelborn massiv unter Fluglärm leidet, ist wohl unstrittig. Wir sind Hauptbetroffene beim Flachstartverfahren der Lufthansa. Wir liegen sowohl bei der Tag- (nach Raunheim) als auch bei der

Nachtbelastung an der Spitze. Vor diesem Hintergrund die Kosten für anwaltliche Vertretung im Streit mit dem Flughafen, bzw. den Flughafeneignern auf ein Drittel zu kürzen (von 30.000 im Vorjahr auf jetzt 10.000), können wir in Verantwortung für die lärmgeplagte Bevölkerung keinesfalls mittragen.

Gewerbesteuer

Die Erhöhung der Grundsteuern A und B auf Kreisdurchschnitt hat die GLB mitgetragen, da ansonsten die Haushaltsgenehmigung in Gefahr geraten wäre. (Seite 2)

Es war für uns allerdings selbstverständlich, auch die Gewerbesteuer auf den Kreisdurchschnitt anzuheben. Allerdings wurde unser Antrag einer Anhebung auf 390% (das ist sozusagen das „untere Ende des Durchschnitts“) von den Vertretern von SPD und CDU abgelehnt.

Geldvermehrung im Kitabereich

Die im letzten HFA vorgelegte neue Haushaltsberechnung sieht eine Verbesserung beim Haushaltsdefizit in 6-stelliger Höhe vor (ursprünglich 4.9 MioEur, jetzt 4,1

MioEur). Das ist im wesentlichen einer wundersamen Geldvermehrung im Kita-Bereich geschuldet. Die Kindergartenbenutzungsgebühr steigt um 160.000 Euro. Das ist der elterliche Jahresbeitrag für etwa 120 Halbtagesplätze (8.00-12.00 Uhr). Das entspricht in etwa der Zahl der angemeldeten Kinder im Ortsteil Klein-Gerau oder Worfelden. Ist da etwa schon eine massive Erhöhung der Kitagebühren eingeplant? Der Ansatz für die Einnahmen aus dem KiFöG verdoppelt sich auf 500.000 Euro, „da es 2014 mehr Geld gab als

Fortsetzung auf Seite 2

Schließung der Grünabfallsammelstellen

Einsamer Beschluss des Gemeindevorstandes ohne jegliche Rücksprache

Der Gemeindevorstand hat beschlossen, die Grünabfallsammelstellen in Klein-Gerau und Worfelden ab dem 1. April 2015 ersatzlos zu schließen. Die Bürger sollen ihren Grünabfall ersatzweise zur Deponie in Büttelborn bringen.

Die GLB wertet das als Brückierung der Bürger, die ihre Abfälle seither im Sinne einer ökologischen Abfallverwertung zu den Sammelstellen gebracht haben. Zumindest mit dem Rad oder zu Fuß mit dem Drückkarren wird das in Zukunft nicht mehr so einfach möglich sein. Von April an soll alles zur Mülldeponie gebracht werden, das wird dann nur noch mit dem Auto möglich sein, oder der Grünabfall landet in der Tonne oder in der Landschaft. Das ist das Gegenteil von Bürgerfreundlichkeit.



Die GLB spricht sich dafür aus, die Sammelstellen in den beiden Ortsteilen zu erhalten und auch im Ortsteil Büttelborn wieder eine ortsnahe Sammelstelle einzurichten, sofern Bedarf besteht. Eine Beschränkung

auf Kleinanlieferer kann natürlich vorgenommen werden. Wer große Mengen Grünschnitt auf einem PKW-Anhänger zu entsorgen hat, sollte die Sammelstelle an der Kreismülldeponie nutzen.

Das Argument, bei den Grünabfallsammelstellen würden die Interessen einiger weniger von der Mehrheit subventioniert, trägt aus zwei Gründen nicht. Zum einen werden die Sammelstellen sehr gut angenommen. Wer sich samstags mal die Mühe macht dazuzukommen kann sich vom regen Andrang überzeugen. Zum anderen würde das Argument der Subventionierung von wenigen durch die Mehrheit bei vielen anderen Projekten wohl mehr zum Tragen kommen. fe

GLB-CDU-Antrag umgesetzt Beleuchtung für Weg westlich der Klein-Gerauer Sportplätze

Ein wenig hat es gedauert, aber nun wurde der GLB-CDU-Antrag vom Februar 2013 verwirklicht: Der Weg westlich der Sportplätze, die bislang einzige nicht beleuchtete, fußläufige Verbindung vom Klein-Gerauer Bahnhof in den nördlichen Ortsteil, hat endlich eine Beleuchtung bekommen.

Wie beantragt wurden bei der technischen Ausführung Straßenlaternen angeschafft, die gezielt nur den eigentlichen Weg ausleuchten und mit stromsparender LED-Technik ausgestattet sind.

Im gleichen Zuge wurde auch der Weg selbst überarbeitet und ist nun durchgehend gepflastert. Nicht nur die Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs wird es freuen, auch die Kinder und Erwachsenen



können nun nach dem Training auf dem Sportplatz einen sicheren Heimweg antreten. ap

Autoren dieser Ausgabe: Andreas Peters (ap), Dieter Schulmeyer (ds), Frieder Engel (fe), Horst Twardawa (ht), Dr. Johannes Unholtz (ju)

Klartext

Steigbügelhalter

Die von manchen vorgebrachte Behauptung, die GLB sei „Steigbügelhalter für die CDU“ erfordert eine Kommentierung.

Bereits bei der ersten strittigen Entscheidung nach der Bürgermeisterwahl, als es um den Verkauf der Stromnetze ging, hat eine große Koalition von CDU und SPD dem Verkauf gegen den erbitterten Widerstand der GLB zugestimmt.

Die Haushalte 2014 und 2015 – mit der Weigerung, auch die Gewerbesteuer wie die Grundsteuern A und B auf Kreisdurchschnitt anzuheben – wurden mit den Stimmen von CDU und SPD beschlossen. Auch hier gab es keine Zustimmung aus den Reihen der GLB.

Die GLB-Fraktion war die einzige Fraktion, die gegen die Zweitwohnungssteuer gestimmt hat. Beschlossen wurde die Zweitwohnungssteuer einzig und alleine von den Fraktionen von CDU und SPD.

Auch bei der Bebauung des Heißgrabengeländes fand sich eine Mehrheit aus SPD und CDU, die nicht einmal den Spielplatz von einer Bebauung ausklammern wollte. Auch hier keine Zustimmung der GLB.

Fast alle strittigen Entscheidungen in der Gemeinde Büttelborn wurden von CDU und SPD gegen die Stimmen der GLB gefällt.

Der Steigbügel für den schwarzen Büttelborner Reiter ist rot und nicht grün! fe

FÜR EIN
BUNTES
DEUTSCHLAND!
#NoPegida
change.org/nowegida

Fluglärm und kein Ende - ein GRÜNER Spagat

Allerorten ist man skeptisch, was die GRÜNEN mit ihrem schwarzen Partner in der Landesregierung beim Thema Fluglärm für die geplagte Bevölkerung erreichen können. Auch in der GLB werden die Diskussionen regelmäßig sehr kontrovers, wenn das Thema Flughafen zur Sprache kommt. Daher kam es Anfang Dezember zu einem Gespräch von GLB-Mitgliedern mit der regionalen GRÜNEN Abgeordneten und stellvertretenden Landtagspräsidentin Ursula Hamann. Zwar bemerkte auch die GLB wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dass veränderte Töne aus der Landesregierung kommen. „Während der frühere hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP) vor dem Bundesverwaltungsgericht noch vehement gegen das sechsstündige Nachtflugverbot kämpfte, markiert der Einsatz des heutigen Wirtschaftsministers Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen) für siebenstündige Ruhepausen in der Nacht einen Paradigmenwechsel“, so Thomas Norgall (BUND Hessen)

im letzten September. Nach rund einem Jahr schwarz-grüner Regierung fehlen aber immer noch greifbare Ergebnisse.

Genug Gesprächsstoff also für die Diskussion mit Ursula Hamann, die zunächst sehr ausführlich die „Erblasten“ der Vorgängerregierungen beleuchtete, bevor man die aktuellen Themen diskutierte. Johannes Unholtz brachte seinen Unmut beim Thema Flachstartverfahren zum Ausdruck, Frieder Engel sprach sich deutlich gegen die weitere Steigerung der Fluggastzahlen und das damit verbundene Terminal 3 aus. Ursula Hamann verwies bei den Startverfahren auf die Bundeskompetenz und zum Terminal 3 auf die laufende Prüfung durch das hessische Wirtschaftsministerium. Nach längerer Diskussion fasste Andreas Peters drei Forderungen der GLB an die Landes-GRÜNEN zusammen:

- Beim Terminal 3 müsse mindestens ein mehrjähriges Moratorium erreicht werden, denn die Flugbewegungen am Frankfur-

ter Flughafen stagnieren derzeit und das Terminal 2 ist längst noch nicht ausgelastet, ein Bedarf für den Neubau sei nicht nachvollziehbar.

- Man erwarte eine engagierte Unterstützung für den Beschluss der Büttelborner Gemeindevertretung zum Thema Lärmpausen, einem GLB-Antrag, der einstimmig im Oktober verabschiedet wurde und wenigstens eine kleine Entlastung der Büttelborner Bevölkerung verlange.

- Schließlich erhoffe man sich, dass die GRÜNEN sich für eine Bundesratsinitiative des Landes Hessen einsetzen, um das Flachstartverfahren deutschlandweit und damit auch am Flughafen Frankfurt aus Lärmschutzgründen zu verbieten.

Ursula Hamann versprach sich nachdrücklich für die Anliegen der GLB im Landtag einzusetzen. Die GLB-Vorsitzende Ute Kroiß dankte Ursula Hamann für Ihr Kommen und die angeregte Diskussion. ap

Grundsteuer B steigt weiter Defizitärer Haushalt zwingt dazu

Anfang jeden Jahres erhalten wir aus unserem Rathaus den so genannten Abgabebescheid für das jeweilige Kalenderjahr. Vielleicht liegt er bei Erscheinen des Grünschnabels schon vor. Ein Bestandteil des Abgabebescheids ist die Grundsteuer B, die für 2015 um satte 25% erhöht wird.

Die Grundsteuer B ist die Steuer auf bebaute und bebaubare Grundstücke. Sie betrifft Mieter (weil diese Steuer Bestandteil der Umlagen ist) wie Eigentümer. Erneut wird man tiefer in die Tasche greifen müssen. Grund: Angesichts des defizitären Haushalts unserer Gemeinde wird verlangt Gewerbesteuer und Grundsteuer B auf Durchschnitt der Kommunen anzuheben. Macht man das nicht, wird der Haushalt vom Kreis nicht genehmigt. Daraus folgt wiederum, dass nur die Pflichtausgaben getätigt werden dürfen. Löhne und Gehälter, Kreisumlagen usw. müssen bezahlt werden, freiwillige Leistungen, wie z.B. Kulturprogramme, Zuwendungen an Vereine, oder auch bauliche Investitionen können nicht durchgeführt werden.

Dies bedeutet also ein Zwang, dem jede Kommune ausgesetzt ist, die einen defizitären Haushalt ausgewiesen hat. Das sind fast alle Gemeinden des Kreises Groß-Gerau. Kein Gemeindevertreter, egal welcher Couleur stimmt da gerne zu. Doch darf sich diese „Erhöhungsschraube“ nicht endlos weiter drehen. Denn mit jedem Anpassen nach oben erhöht sich

Engagement für Büttelborn

Viele Bürger sind zwar am Tagesgeschehen unserer Gemeinde interessiert, es fehlt aber die Überwindung, sich aktiv an der Politik zu beteiligen. Dabei können unserer Kommune „neue Köpfe“ und deren Ideen und Ansichten nur gut tun. Im März 2016 finden wieder Kommunalwahlen statt. Das bedeutet, das Gemeindeparlament (die Gemeindevertretung) wird wieder neu besetzt. Zu dessen neuen Mitgliedern könnten Sie als engagierter Büttelborner, Klein-Gerauer, Worfelder Bürgerin oder Bürger gehören.

Deshalb unser Aufruf: Informieren Sie sich und bringen Sie sich ein.

Wenn Sie Interesse an unserer unabhängigen Wählergemeinschaft Grüne Liste Büttelborn haben, würde uns das sehr freuen. Besuchen Sie die Website www.glb-im-web.de. Im Link „wir über uns“ stellen wir uns ausführlich vor. Machen Sie sich ein Bild über unsere politische Arbeit, oder kommen Sie einfach unangemeldet zu unseren öffentlichen Fraktionssitzungen, wir haben nichts zu verbergen. Gerne können Sie auch Kontakt mit unseren Funktionsträgern aufnehmen, um über unsere Ziele und aktuellen Projekte weitere Informationen zu erhalten. ht

IMPRESSUM

Grünschnabel

Herausgeber:
Unabhängige Wählergemeinschaft Grüne Liste Büttelborn (GLB)

V.i.S.d.P. und Kontakte:
Ute Kroiß, Moselstraße 14,
64572 Worfelden, Tel: 8 14 38
Andreas Peters, Mühlgarten 25,
64572 Klein-Gerau, Tel: 8 38 00
Andreas Barthel, Platanenstr. 21,
64572 Büttelborn, Tel: 5 32 50

wieder der Durchschnittswert, folglich müssen die Kommunen am unteren Ende der Skala wieder erhöhen und so weiter, und so weiter. Da trotz dieser immer wieder stattfindenden Grundsteuer B Erhöhungen kaum ausgeglichene Haushalte erreicht werden, ist kein Ende in Sicht.

Schaut man sich die Zahlen der letzten Jahre und Vergleiche zu anderen Kreiskommunen an, wird offensichtlich, was Büttelborn in nächster Zeit noch „blühen“ kann:

Betrug die Grundsteuer B im Jahr 2011 noch 265%, wurde für das Jahr 2013 schon 315% festgelegt und für das 2015 nun 450%.

Diesen Wert weisen auch Groß-Gerau, Trebur und Stockstadt aus. Darunter sind Biebesheim (310), Gernsheim (330), Raunheim (340), Kelsterbach (400) und zurzeit noch Bischofsheim mit 440, doch dort denkt man über eine Erhöhung auf 600% nach. Jetzt schon höher als Büttelborn liegen: Ginsheim-Gustavsburg (520), Mörfelden-Walldorf (595), Riedstadt (720), Rüsselsheim (800), plant aber eine Erhöhung auf 900) und Nauheim (960). Für die Durchschnittsberechnung ist die Einwohnerzahl maßgebend. Da gerade die größeren Kreiskommunen über der Büttelborner Zahl liegen, bedarf es keine großen Rechenkünste um festzustellen, dass 2016 erneut angepasst werden müsste.

Der Vorschlag des Bundes der Steuerzahler die Grundsteuer B auf einen maximalen Höchstwert, vorgeschlagen wurde 600% einzufrieren, scheint zumindest eine Überlegung wert. Denn sonst werden irgendwann die Bürger diese Lasten nicht mehr stemmen können. ht

Verbraucherzentrale Frankfurt informierte über Heizungssanierung

Auf Einladung der GLB referierte Karl Rösch zu diesem Thema Anfang Oktober im Büttelborner Volkshaus. Moderne Heiztechnik spart viel Energie und schont die Umwelt. Das ist nicht neu, wurde aber von Ingenieur Rösch anschaulich erklärt. Natürlich gilt es auch Verordnungen zu beachten. So müssen Heizungsanlagen die vor 1985 eingebaut wurden, zum 01.01. diesen Jahres außer Betrieb genommen werden. Viele ältere Heizungen sind oft überdimensioniert, die Abgasverluste zu hoch und überdies sind die Rohrleitungen ungenügend gedämmt. Sie sind wahre Energieschleudern,

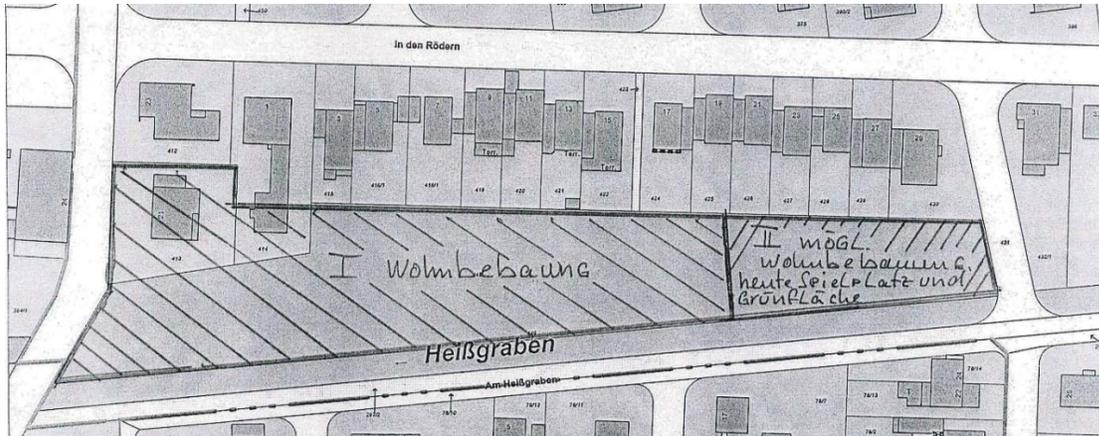
Bei Neuschaffungen plädierte Rösch für die mittlerweile

Heißgrabenbebauung

Erhalt des Spielplatzes so gut wie gescheitert

Zur Geschichte des Themas „Heißgrabenbebauung“, die schon über ein Jahr in den Gremien und in der Presse diskutiert wurde, muss folgendes gesagt werden:

Der erste Antrag, der eine Bebauung vorsah, kam von der SPD-



Fraktion, die aus den Verkaufserlösen der Grundstücke an dieser Stelle ein Jugendzentrum errichten wollte. Die GLB-Fraktion hat damals darauf bestanden, dass eine Umfrage unter den Pächtern stattfinden sollte, um die Bereitschaft zu erkunden, eventuell einen „Interkulturellen Kleingartenverein“ zu gründen, der sich eine Satzung gibt und den von den Anwohnern beklagten Wildwuchs eindämmen könnte. Daraus ist in der Folge leider nichts geworden.

Daraufhin wurde in den Gremien der Gemeinde von der Gemeindeverwaltung ein erneuter Antrag gestellt, der plötzlich auch das Gelände des Spielplatzes zur Bebauung vorsah. Das hat die GLB abgelehnt und alternativ vorge-

schlagen, den Spielplatz ganz aus dem Bebauungsplan auszuklamern oder zumindest im Bebauungsplan als solchen ausdrücklich auszuweisen. Diese Absicht ist leider an den Stimmen der „großen Koalition“ zwischen SPD

Sie warb nachdrücklich dafür, den Spielplatz als solchen im Bebauungsplan zu verankern. Die GLB äußert Zweifel, ob das Baurecht für den Spielplatz wirklich nicht genutzt wird, wenn es erst einmal da ist.

und CDU gescheitert.

Gegen diese Koalition war es unmöglich, eine Bebauung des Geländes zu verhindern. Der Versuch der GLB, wenigstens den Spielplatz davon auszunehmen, führte nur zu einem kleinen Erfolg dergestalt, dass der Spielplatz zwar beplant wird, aber vor einer eventuellen späteren Bebauung noch ein separater Beschluss der Gemeindevertretung erfolgen muss. Wir wissen, das ist weniger als der berühmte Spatz in der Hand, aber als kleinste Fraktion verfügt man nun mal nicht über die nötigen Stimmen, seine Meinung durchzusetzen.

Die GLB-Fraktion hat sich in der Debatte gegen die Absicht ausgesprochen, immer weitere Flächen im Gemeindegebiet zu bebauen.

Es entsteht der Eindruck, dass Tafelsilber verkauft wird, damit der Haushalt besser dasteht, aber Grundstücke kann man nur einmal verkaufen. Dem Verlust von Grünflächen kann die Fraktion nur in eng begrenztem Maße zustimmen. Wo steht geschrieben, dass wir immer weiter wachsen und auch noch die letzte Grünfläche zubetonieren müssen?

Eine Mitarbeit der Bürger ist uns wichtig. Alle unsere Fraktionssitzungen sind öffentlich. Wir würden uns freuen, Bürger und Bürgerinnen bei einem Problem, das sie bewegt, bei einer unserer Sitzungen begrüßen zu können. Am wirksamsten ist das natürlich, bevor irgendwelche Entscheidungen gefallen sind und nicht nachher. fe

fast zum Standard gewordene Brennwerttechnik. Der Vorteil dieses Systems: Es entzieht dem in dem Abgasen enthaltenen Wasserdampf noch Wärme. Zur Unterstützung der Warmwasserbereitung sollte zudem eine gekoppelte Solarkreisstation dienen.

Auch Holzpelletanlagen als Alternative stellte er vor. Doch die Beheizung durch den nachwachsenden Rohstoff Holz hat auch Haken. So ist der Umweltgedanke schon wieder fraglich, wenn man erfährt, dass mittlerweile Pellets bis aus Russland angekarrt werden. Zudem wird großer Lagerraum benötigt und die Anschaffungskosten sind recht hoch.

Die Wärmepumpe funktioniert nach dem umgekehrten Prinzip des Kühlschranks. Sie entzieht dem Erdreich mittels Sonden, die ins Erdreich getrieben werden, Wärme und gibt sie als Heizenergie an das Haus ab. Aus seiner Praxis konnte der Ingenieur allerdings auch von leidvollen Erfahrungen von Hauseigentümern berichten, die durch Ineffizienz und daraus folgenden hohen Stromverbrauch gerade das Gegenteil erzielten von dem was durch den Einbau der Wärmepumpe beabsichtigt war.

Es gibt natürlich noch weitere Systeme, wie z.B. Miniblockheizkraftwerke. Doch welches Heizsystem wo am sinnvollsten ist, kann

natürlich nur von Fall zu Fall und auch nach individuell gesetzten Prioritäten ermittelt werden.

Am günstigsten ist Energie, die gar nicht erst verbraucht wird. Durch sinnvolle Dämmung, Austausch von Fenstern, sogar durch richtiges Lüften kann man Heizenergie sparen. Auch der hydraulische Abgleich und eine Hocheffizienz Umwälzpumpe sparen bares Geld.

Für viele Sanierungsmaßnahmen gibt es nicht nur von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Fördermöglichkeiten. Die Verbraucherzentralen bieten kostengünstig Energiechecks an und können vielleicht schon dabei einige nützliche Tipps geben. ht

Fortsetzung von Seite 1

angesetzt“. Verteilt das Land denn das Geld nach Gutsherrenart oder gibt es dafür verbindliche Zuteilungsschlüssel? Wenn ja, wäre dann die Gebührenerhöhung Anfang des Jahres überhaupt notwendig gewesen? Auf diese Fragen haben wir bis heute keine schlüssige und befriedigende Antwort erhalten.

Nachhaltige Waldbewirtschaftung

Bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit Kommunalpolitikern aus der Kreisstadt wurde eine in Rüsselsheim praktizierte nachhaltige Waldbewirtschaftung von Herrn Forstrat Ebert (Rüsselsheim) vorgestellt. Alle Beteiligten waren sich einig, dass ein solches Konzept zusammen mit Groß-Gerau auch für den Büttelborner Wald das Beste wäre. Mittlerweile konnte man in der Presse lesen, dass auch die Stadt Mörfelden-

Walldorf in diese Richtung gehen will. Die Funktion als Erholungs- und Vorrang gegenüber einer gewinnmaximierten Bewirtschaftung erhalten. Die GLB wäre bereit gewesen zur Entwicklung eines nachhaltigen Waldkonzeptes auch einen Betrag für Planungskosten einzustellen. Der Bürgermeister hielt dies im HFA allerdings nicht für notwendig.

Kultur

Die Unterdeckung des Kulturhaushalts um mehr als 100.000 € macht uns Sorge. Wie schon im HFA dargestellt, muss es möglich sein, auch den Kulturhaushalt bis zum Ende der Konsolidierungsperiode 2020 auszugleichen. Die diesmal gestrichenen 3000 Euro erscheinen mir da zu wenig als Sparbeitrag für 2015. In Zeiten hoher Schuldenstände und knapper Kassen sollten sich die öffentlichen Verwaltungen auf

die Sicherstellung der Daseinsfürsorge für die Bevölkerung beschränken.

Fazit

Die GLB hat dem Haushaltsplanentwurf nicht zugestimmt, es gab Gegenstimmen und Enthaltungen. Ausschlaggebend dafür sind unter anderem die Weigerung der Mehrheit, auch die Gewerbesteuer auf Kreisniveau anzuheben, die vom Gemeindevorstand beschlossene Schließung der Grünabfallsammelstellen (Seite 1) aus finanziellen Gründen sowie die erneute Kürzung des Haushaltsansatzes für anwaltliche Vertretung im Streit um die Folgen des Flugbetriebes (Lärmbelastung) am Frankfurter Flughafen.

Wir werden uns auch in Zukunft der Zusammenarbeit nicht verweigern, aber es muss sich einiges ändern bei den Abläufen im Rathaus. fe

Postdemokratie

In früheren Jahren wurde viel von einer „Postdemokratie“ gewarnt. In ihr werden die demokratischen Verfahren nur noch zum Schein exerziert, derweil hinter den Kulissen die wirtschaftlichen Eliten ihre Interessen durchsetzen und sich dabei einer willfährigen, bestenfalls noch technokratisch orientierten Politik bedienen. Soweit ist es in Deutschland bislang nicht gekommen. Aber wenn die neue Symbolpolitik der Großen Koalition weiter Raum greift, kommt es nicht besser, nur anders.

[QUELLE: DER SPIEGEL 2/2015 (ALLE MACHT DEN GESTEN — ESSAY, S. 28)]

Angewandt auf Büttelborn:

... derweil hinter den Kulissen die Interessengruppen ihre Interessen durchsetzen und Entscheidungen nur noch im kleinen Kreis getroffen werden ... fe

Büttelborns höchste Erhebung Seeblick Klein-Gerau

Runder Tisch für ein Konzept „Deponie 20xx“

Egal von welcher Seite man sich Büttelborn nähert, stets kommt die Hügellandschaft der Mülldeponie in den Blick (s. Bild). Das immer noch weiter wachsende Entsorgungsgelände zwischen Autobahn und Bundesstraße wird zunehmend zum Wahrzeichen Büttelborns; seine Silhouette wird für alle Zeiten eine im wahrsten Sinne des Wortes herausragende Rolle in unserer Gemarkung einnehmen.

Es ist deshalb richtig, sich früh-

nen Westteil unterteilen. Auf der Westspitze wird man ebenfalls großartige Ausblicke haben; das zeigte sich schon immer bei den Tagen der offenen Deponie. Die GLB spricht sich dafür aus, dass nach Schließung der Deponie diese Aussichtsmöglichkeit auf jeden Fall realisiert wird. Abgesehen von besonders ausgewiesenen Naturschutzarealen wird sich die GLB gegen jegliche Einzäunung des Geländes stellen. Es gilt, eine aus-

Rutschbahnen zu bieten. Vielleicht gelingt es darüber hinaus, einen ohnehin vorgesehenen Retentionsteich zu einem Amphibengewässer auszuweiten, das optisch und ökologisch den idealen Kontrast zum ehemaligen Müllberg darstellen würde.

Die Betriebsstätten rund um das Deponiegelände werden – anders als am Oberwaldberg – voraussichtlich noch Jahrzehnte in Betrieb bleiben, sodass auch langfristig eine Form von sozialer Kontrolle gegeben ist. Vielleicht ist es dann keine Utopie mehr, sich einen Kiosk am Fuße der höchsten Erhebung Büttelborns vorzustellen, etwa ein „Müll-Stadl“ im Berghüttenlook, das Bergbesucher, Spaziergänger und Radler zur Rast einlädt. Eventuell passt noch ein Ausstellungsraum dazu, in dem über die Deponie informiert wird.

Was die Radler angeht: Bei der Radwegplanung des südlichen Regionalparks sollte das Objekt „Deponie Büttelborn“ langfristig einbezogen werden. Dass eine großzügige Baumbepflanzung ringsum im Basisbereich der Deponie möglich und angebracht ist, zeigt sich schon am Mörfeldener Vorbild.

Insgesamt hat eine zukünftige Schließung der Deponie Büttelborn das Potenzial, aus einer ehemaligen Mülllagerstätte ein attraktives Ziel zur Naherholung und mit einmaliger Fernsicht werden zu lassen. Für den Deponiebetreiber und die Gemeinde gleichermaßen besteht hier eine gute Chance, im regionalen Ballungsraum ein Vorzeigeprojekt zu schaffen. *ju*

Projekt „Aussichtspunkt am Gänsweidsee“

Schon seit einiger Zeit hat man in der GLB über eine Aussichtsanlage am Klein-Gerauer Gänsweidsee nachgedacht. Spaziergänger aus den Ortsteilen ebenso wie die Radler aus der Region sollten eine möglichst ungestörte und umfassende Aussicht auf den See genießen können.

ten, sondern auch Müttern mit Kleinkindern und Kinderwagen erhebliche Probleme bereitet. Eine Bauform, die hinsichtlich Begehrbarkeit besonders punktet, ist z. B. eine Terrasse, die als Rondell ausgebildet wird (s. Bild).

Auf Vorschlag der GLB fand sich der Runde Tisch im neuen



Die Deponie Büttelborn, von Nord-West aus gesehen

zeitig mit der Gestaltung des rd. 50 Hektar großen Areals zu befassen und Vorstellungen zu entwickeln für die Zeit, in der die Deponie programmgemäß geschlossen wird, auch wenn dies sicher noch einige Zeit dauern wird. So hat Bürgermeister Rotzinger einen Runden Tisch „Deponie“ initiiert, in dem der Betreiber der Deponie, die Abfall-Wirtschafts-Service GmbH (AWS) sowie die im Gemeindeparlament vertretenen Fraktionen und die Bürgerinitiative „Büttelborn 21“ gemeinsam nach einem Konzept suchen.

Die AWS hat bisher schon Erkenntnisse gewinnen können in Bezug auf Gestaltung, Öffnung und nachsorgenden Betrieb einer großen Deponie. Im letzten Jahr nämlich wurde in Mörfelden die ehemalige Müllanlage Oberwaldberg für den Publikumsverkehr weitgehend freigegeben. Auf Einladung der AWS traf sich dort der Runde Tisch Ende 2014 zu einem Ortstermin. Es wurde erkennbar, welche Ausblicke eine solche Erhebung in unserer Region bieten kann; es wurde aber auch klar, dass zur Vermeidung von Vandalismus auf jegliche Form von Info-tafeln und anderen Installationen verzichtet werden muss.

Die Büttelborner Deponie lässt sich grob in einen Ostteil und ei-

gewogene Balance zu finden zwischen Renaturierung einerseits und erholungsorientierter Nutzung andererseits.

So kann man sich vorstellen, parkähnliche Geländebereiche einzurichten. Das könnte z. B. ein Findlingspark sein, mit Exponaten aus Kiesgruben der Umgebung und aus Steinbrüchen des Odenwalds. Dazu würde dann ein Heidegarten gut passen, und auch eine Liegewiese, von der aus man den Rundumblick genießen kann. Es könnte weiterhin am Fuße des Geländes ein Kinderspielplatz entstehen, der die natürliche Hanglage ausnutzt, um besonders lange

Unser Klein-Gerauer Gänsweidsee

Wie kann man den See für alle Bürger zugänglich machen?

Lange ist es her, da konnten die Bürgerinnen und Bürger aus Klein-Gerau und Worfelden un-

ist. Bornbruchsee, Oberwaldsee, Hegbachsee, Lindensee, Oberwiesensee, Mönchbruchsee, Steinrod-

auch nicht waren. Mit der totalen Einzäunung des Sees wurde der Ortsbevölkerung dann allerdings für immer ein „Lokalverbot“ erteilt, nur weil sich damals einige Leute, vielleicht sogar Ortsfremde, daneben benommen haben. Bestraft werden seither die Faltschen, und zwar über den Zeitraum einer Generation hinweg. Weshalb soll es z. B. für ältere Ortsansässige mit ihren Enkelkindern nicht mehr möglich sein, den See aufsuchen zu können, während sie dies vor dreißig Jahren mit ihren Kindern noch selbstverständlich tun konnten?

Die Grüne Liste Büttelborn setzt sich seit langem dafür ein, dass der Klein-Gerauer Gänsweidsee wieder dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Es geht nicht an, dass nur Vereinsmitglieder das Privileg haben, sich jederzeit am Ufer des Sees aufhalten und erholen zu dürfen. Der See als ausgezeichnetes, ortsnahes Erholungsareal gehört allen Bürgerinnen und Bürgern. Auch die Hessische Landesanstalt für Umwelt und Geologie (HLUG) empfiehlt für die sog. „stille Erholung“, solche Gewässer grundsätzlich, wenn auch abschnittsmäßig begrenzt, frei zugänglich zu halten.

Um zu überprüfen, wie eine Öffnung des Sees sich tatsächlich ausnehmen würde, hat die GLB schon früh vorgeschlagen, das Gelände um den See probeweise einige Zeit im Jahr zu öffnen und allen zugänglich machen. Das muss nicht in den Hochsommermonaten erfolgen und auch nicht zu Zeiten des vereisten Sees. Das Ersatzangebot der Angler, vereinzelt im Jahr unter Aufsicht ans Wasser zu dürfen, sehen wir keineswegs als Lösung an. Auch Kinder und Jugendliche, die gar nicht angeln wollen, sollen den See öfter als nur an wenigen Tagen im Jahr besuchen können.

Der Gänsweidsee ist neben Waldbesitz eine der wenigen nennenswerten Natur-Ressourcen der Gemeinde Büttelborn; für den Ortsteil Klein-Gerau ist es die einzige attraktive Landschaftsidylle. Selbst wenn jetzt die Lufthansa regelmäßig ihre Flieger im Flachstart über unser Gebiet schickt,



Bild 1: Der Gänsweidsee, von allen Seiten

problematisch ihren See, den Gänsweidsee, besuchen. Im Sommer konnte man vom Uferbereich direkt aufs Wasser schauen, im Winter lockte das Eis. Das war einmal. Heute gelangt niemand mehr auf den Pfad am See, der nicht Mitglied bei den örtlichen Anglern ist oder der lokalen Organisation des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) angehört. Das Areal, Eigentum der Gemeinde und damit Eigentum aller Ortsbürger, ist von den Pächtern seit Jahren ringsum hermetisch abgeschlossen worden (Bild 1).

Der idyllische Gänsweidsee nimmt seither eine exotische Position in der Region ein: Er ist weit und breit das einzige Gewässer, das dauerhaft und vollständig gegen die Umgebung abgeriegelt

see, und wie sie alle heißen, sind allesamt frei zugängliche Seen. Viele davon sind auch als Angelgewässer ausgewiesen und werden als solche genutzt. Man fragt sich natürlich, warum ein freier Zugang an allen anderen Gewässern machbar ist und nur bei unserem Gänsweidsee nicht möglich sein soll. Bestes Beispiel ist der Schnepfensee, das Angelgewässer des ASV Mörfelden (Bild 2). In Form und Größe dem Gänsweidsee sehr ähnlich, lässt er sich auf schmalem Uferpfad umrunden und bietet Spaziergänger und auch nicht-organisierten Naturfreunden schönste Ausblicke auf Wasserfläche und Uferzonen.

Es gab wilde Zeiten in den frühen 90iger Jahren an unserem See, die aber so wild wiederum

bleibt der Gänsweidsee doch ein Ort zum Erholen, der für alle zugänglich sein muss. *ju*



Bild 2: Schnepfensee, ASV Mörfelden

Neuer Schulhof als Baustelle eingeweiht



Am 16. Dezember 2014 wurde der alte Schulhof in Worfelden im Rahmen des „bewegten Advents“ eingeweiht und der Bevölkerung übergeben. Die Einweihung fand allerdings auf einer Baustelle statt. Der Schulhof war bis Ende Januar 2015 immer noch nicht fertig. *fe*

GLB-Fraktion in der Gemeindevertretung

Horst Twardawa

Stellvertretender Vorsitzender des Sport-, Kultur- und Sozialausschusses



Andreas Barthel

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Forsten



Else Kahl

Mitglied im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss



Frieder Engel

Fraktionsvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses



Andreas Peters

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Ute Kroiß

Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss und im Sozial-, Kultur und Sportausschuss



Dieter Schulmeyer

Mitglied im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss



Therese Best

Stellvertretendes Mitglied im UELF und SKS Ausschuss



Peter Best

Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Forsten



Gerd Reinheimer

Mitglied im Gemeindevorstand



GLB veranstaltete Weinverkostung beim Ökowinzer

Ende Oktober fuhren etwa 35 interessierte Bürger mit der GLB zum Ökowinzer Axel Schmitt in den „alten Gutshof“ nach Oberhiltersheim.

Politik war an diesem Abend kein Thema. Die interessanten Ausführungen zum ökologischen Weinbau und die Erläuterungen des jungen Weinbauern zu den

chenholz- und Barrique-Fässern. Spätburgunder, Cabernet Sauvignon, Merlot und Weitere erhalten dort alle Zeit, die sie zur Reife benötigen. Davon konnten sich die Teilnehmer bei der Kellerführung unter fachkundiger Information des Weinbauingenieurs und Kellermeisters Axel Schmitt überzeugen. ht



Teilnehmer der Weinprobe beim Ökowinzer

einzelnen Proben schafften schnell eine lockere und entspannte Atmosphäre.

Die Familie Schmitt betreibt seit 1978 ökologischen Weinbau und gehörte zu den ersten deutschen Winzern, die den Gedanken der Nachhaltigkeit ernst nahmen und im Anbau vollständig auf chemisch-synthetische Dünger und Spritzmittel verzichteten. Sie waren Mitbegründer von ECOVIN, dem Bundesverband Ökologischer Weinbau. Ihre Überzeugung: Spitzenwein entsteht nur mit ökologischen Prinzipien.

Die „Schmitts“ betreiben seit 13 Generationen Weinbau. Die älteste Belegurkunde stammt aus dem Jahre 1672.

Im 1865 erbauten Gewölbekeller lagern Rotweine in rund 50 Ei-

Als ich vor etwa 10 Jahren angesprochen wurde, mich für die GLB zur Kommunalwahl auf die Kandidatenliste aufstellen zu lassen, stimmte ich mit durchaus gemischten Gefühlen zu. Ist das nicht alles sehr kompliziert, sehr trocken und zeitaufwendig? Wie geht es in der Gemeindevertretung und den einzelnen Ausschüssen zu? Das Wichtigste: Kann ich mit meiner Fraktion überhaupt etwas bewirken?

Zuvor hatte ich über einen längeren Zeitraum die öffentlichen Fraktionssitzungen der GLB besucht, um mir die Sache überhaupt mal anzusehen. Dort wurde

Tauchzentrum in Büttelborn!? Mitbestimmung der Gemeindevertretung verweigert

Wie ein zylinderförmiger Gasspeicher in einer Raffinerie sieht es aus, wenn man aus Richtung Griesheim nach Büttelborn hinein fährt. 10m ragt das Teil in die Höhe und hat einen Durchmesser von sage und schreibe 70m. Die Wand ist bläulich angestrichen und es sind Unterwasserpflanzen, Fische und Taucher aufgemalt.

Auf einem davorliegenden Parkplatz ist reger Betrieb und es parken dort gut einhundert Autos. Es handelt sich bei dem Gebäude auf dem Büttelborner Gewerbegebiet 2 um das neue Tauchzentrum TAMUHO Büttelborn (TAMUHO steht für TAuchen-MUuseum-HOTel). Das Gebäude ragt nicht nur 10m aus der Erde heraus, es geht auch noch 40m in die Erde hinein. Ein riesiges Tauchbecken ist darin untergebracht mit rund 57.000m³ Wasser (das entspricht dem Inhalt von ca. 1500 Tanklastwagen).

Das ist Szenario 1 und könnte noch in 2015 Wirklichkeit werden.

Aber was wäre, wenn dem Inve-

stor das Geld ausginge?

In diesem Szenario 2 würde vielleicht ab Mitte 2015 an dieser Stelle ein riesiges Loch klaffen, in dem schon etliche Tonnen Beton vergossen wären und nach monatelangem Stillstand der Bauarbeiten schließlich die Aufgabe des Projektes erfolgen würde.

Die Gemeinde müsste zusehen, wie sie mit der Situation umginge. Ein Rückbau würde sehr viel Geld kosten. Ob das Geld aus dem Grundstücksverkauf dafür ausreicht würde steht in den Sternen.

Die heutige Situation ist, dass ein privater Investor (Familienunternehmen) das Gelände von der Gemeinde gekauft und einen Bauantrag für ein Tauchzentrum gestellt hat, der vor etwa einem halben Jahr auch vom Bauamt in Gross Gerau genehmigt wurde.

Die Pläne wurden unter Punkt „Verschiedenes“ am 18.9.2013 in der Sitzung des Bau- Planungs- und Verkehrsausschusses (BPV) vom Investor und seinem Architekten vorgestellt. Danach soll zu-

nächst das Tauchbecken, dann ein Museum und im 3. Bauabschnitt ein Hotel errichtet werden.

Nach der Vorstellung des Projektes im BPV-Ausschuss erklärte damals Bürgermeister Rotzinger, dass nun die Fraktionen das Vorhaben beraten sollten. Danach tauchte die Sache in den Gremien erst wieder auf, als Tatsachen geschaffen waren. Die Gemeinde hatte nämlich das Gelände an den Investor verkauft, der hatte den Bauantrag gestellt und die Gemeindevertreter hatten keinen Einfluss mehr auf den weiteren Verlauf. Genehmigungsbehörde für den Bauantrag ist nämlich das Kreisbauamt in Groß- Gerau und die hatten anscheinend keinerlei Einwände — auch nicht wegen der Tiefe des Gebäudes und des somit immensen Anschnittes des Grundwassers.

Im BPV sollte am 9.4.2014 lediglich formal noch zugestimmt werden. Diese Zustimmung wurde von den GLB-Vertretern im Ausschuss aber verweigert — SPD und CDU stimmten zu.

Die GLB ist der Meinung, dass bei einem Projekt dieser Größenordnung die Gemeindevertreter unbedingt gehört werden sollten und eine gründliche Diskussion unter Beteiligung auch der Öffentlichkeit dringend notwendig gewesen wäre.

Wieder einmal aber wurde dies seitens des Bürgermeisters umgangen und selbstherrlich alleine entschieden.

Der Investor hatte übrigens damals bei der Vorstellung des Projektes einen sofortigen Baubeginn nach Erhalt der Baugenehmigung angekündigt.

Bis zum heutigen Tag, etwa ½ Jahr nach Erteilung der Genehmigung ist aber lediglich das Gelände eingezäunt. ds

Gemeindevertreter

in lockerer Runde über die anstehenden Themen diskutiert. Entscheidungen wurden ausführlich beraten und dennoch wurde jedem Fraktionsmitglied die Abstimmungsentscheidung freigestellt. Gegensätzliche Meinungen wurden akzeptiert. Dies hatte u.a. meine Entscheidung zu kandidieren bestärkt.

Kumulieren und Panaschieren machten es möglich, ich wurde Gemeindevertreter. Um es kurz zu machen: Einiges ist sehr trocken, zeitaufwendig und auch kompliziert. Manchmal auch frustrierend, wenn trotz aufwendiger Recherchen und Argumentatio-

nen bei der Abstimmung die „Mehrheit“ dagegen stimmt. Doch auch als kleinste Fraktion gelang und gelingt es immer wieder Zeichen zu setzen und auch Gehör zu finden. Positive Rückmeldungen von Bürgern motivieren zusätzlich. Seit der letzten Kommunalwahl gibt es keine „absolute Mehrheit“ mehr, was das politische Geschehen noch um Einiges interessanter macht.

Meinen damaligen Schritt bereue ich nicht und kann interessierten Bürgern nur empfehlen sich einzubringen — möglichst bei der GLB :) Horst Twardawa